

TIPPS & WISSENSWERTES

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das lange Maiwochenende rund um den Tag der Arbeit hat mit bestem Wetter viele nach draußen gelockt und für eine willkommene Auszeit gesorgt. Umso schwerer fällt danach oft die Rückkehr an den Schreibtisch, auch wenn er in den eigenen vier Wänden steht. Damit rückt ein Thema wieder in den Fokus, das für viele Selbständige in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat – das häusliche Arbeitszimmer.

In unserem ersten Beitrag beleuchten wir die steuerlichen Fragen rund um das häusliche Arbeitszimmer. Neben dem laufenden Kostenabzug steht vor allem die Zuordnung zum Betriebs- oder Privatvermögen im Mittelpunkt. Eine gesetzliche Neuregelung hat hier die Spielräume verändert und gleichzeitig neue Abgrenzungsfragen geschaffen. Welche Folgen sich daraus für den laufenden Betrieb, aber auch für einen späteren Hausverkauf oder eine Betriebsaufgabe ergeben können, stellen wir im Detail dar.

Im zweiten Beitrag greifen wir ein aktuelles Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) zum Investitionsabzugsbetrag auf. Im Mittelpunkt steht die Gewinngrenze von 200.000 Euro und die Frage, welcher Gewinn hierfür maßgeblich ist. Das Gericht stellt klar, dass nicht allein der Jahresabschluss entscheidend ist, sondern der steuerliche Gewinn nach den erforderlichen Korrekturen. Damit kann sich ein erwarteter Steuervorteil im Einzelfall schneller als gedacht zerschlagen. Für die Praxis zeigt sich einmal mehr, wie wichtig eine frühzeitige und korrekte Berechnung ist.

Zum Abschluss widmen wir uns der Bauabzugsteuer und einer Entscheidung des BFH zur Abgrenzung von Bauleistung und Arbeiten an technischen Anlagen. Gerade bei Montage-, Installations- und Verkabelungsarbeiten stellt sich oftmals die Frage, ob überhaupt eine Bauleistung vorliegt. Das Urteil bringt hier mehr Klarheit, macht aber auch deutlich, dass es weiterhin auf den konkreten Einzelfall ankommt und die funktionale Zuordnung entscheidend bleibt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Arbeitszimmer im Eigenheim

Betriebsvermögen oder Privatvermögen – eine wichtige Entscheidung

Viele selbständige Unternehmer arbeiten seit Jahren ausschließlich von zu Hause aus. Das gilt etwa für beratende Berufe, IT-Dienstleister oder Sachverständige ohne externes Büro. In solchen Fällen ist das häusliche Arbeitszimmer häufig der Mittelpunkt der gesamten Tätigkeit. Steuerlich geht es dann nicht nur um den laufenden Abzug von Kosten. Ebenso wichtig ist die Frage, ob der Raum dem Betriebsvermögen zugeordnet wird oder im Privatvermögen bleibt.

Betriebsvermögen oder Privatvermögen

Gerade bei Grundstückseigentümern sollte die Prüfung mit dieser Grundsatzentscheidung beginnen. Denn davon hängt nicht nur ab, ob laufende Raumkosten im betrieblichen Bereich berücksichtigt werden können. Auch die steuerlichen Folgen bei einer späteren Entnahme, beim Hausverkauf und bei einer Betriebsaufgabe werden dadurch vorgeprägt.

Nach bisheriger Rechtslage konnte ein betrieblich genutzter Grundstücksteil nur dann im Privatvermögen bleiben, wenn zwei Grenzen gleichzeitig eingehalten wurden. Sein Wert durfte nicht mehr als ein Fünftel des gesamten Grundstückswerts betragen und zusätzlich nicht mehr als 20.500 Euro. Diese doppelte Hürde wurde in der Praxis gerade bei hohen Immobilienwerten schnell überschritten.

Neue Grenzwerte für die Zuordnungsentscheidung

Nunmehr hat der Gesetzgeber die Regelung zum Jahresende 2025 angepasst. Seitdem genügt es, wenn entweder die Fläche des Arbeitszimmers nicht mehr als 30 Quadratmeter beträgt oder sein Wert nicht mehr als 40.000 Euro ausmacht. Für viele typische Homeoffice-Fälle eröffnet das erstmals oder

jedenfalls deutlich leichter die Möglichkeit, das Arbeitszimmer dem Privatvermögen zuzuordnen. Die neuen Grenzwerte gelten für allen offenen Fälle.

Für bereits dem Betriebsvermögen zugeordnete Arbeitszimmer ergibt sich daraus jedoch keine automatische Änderung. Die neue Regelung erlaubt lediglich, dass solche Grundstücksteile nicht zwingend dem Betriebsvermögen zugeordnet werden müssen. Sie führt aber nicht dazu, dass ein bereits dem Betriebsvermögen zugeordnetes Arbeitszimmer automatisch wieder ins Privatvermögen übergeht. Hier bleibt es also zunächst bei der bisherigen Behandlung.

Berücksichtigung laufender Kosten

Bleibt der Raum im Privatvermögen, dürfen die mit diesem Grundstücksteil zusammenhängenden Aufwendungen jedoch anders als bislang für alle Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2025 beginnen, nicht mehr abgezogen werden.

Nach der früheren Rechtslage konnte ein betrieblich genutzter Gebäudeteil trotz betrieblicher Nutzung im Privatvermögen bleiben, ohne dass allein deshalb der Abzug der Arbeitszimmeraufwendungen entfiel. Die private Zuordnung wirkte sich damals in erster Linie auf die Vermögenszuordnung und auf spätere Veräußerungsfragen aus. Erst die Neuregelung verknüpft die private Zuordnung ausdrücklich mit einem Abzugsverbot für die mit dem Grundstücksteil zusammenhängenden Aufwendungen. Ab dem Jahr 2026 sind Aufwendungen für das betrieblich genutzte Arbeitszimmer also nur noch abzugsfähig, wenn eine Zuordnung zum Betriebsvermögen erfolgt.

Ist das dem Betriebsvermögen zugeordnete häusliche Arbeitszimmer der Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit, können die tatsächlichen anteiligen Raumkosten angesetzt werden. Alternativ kann die Jahrespauschale von 1.260 Euro gewählt werden. Dieses Wahlrecht gilt einheitlich für das Jahr und ist personenbezogen.

Wird dagegen nur abends oder am Wochenende im häuslichen Arbeitszimmer gearbeitet und steht im Betrieb ein eigenes Büro zur Verfügung, liegt der Mittelpunkt dort regelmäßig nicht. Dann scheiden die tatsächlichen Raumkosten und die Jahrespauschale im Regelfall aus.

Eine Tagespauschale von 6 Euro pro Tag, höchstens 1.260 Euro im Jahr, kann aber für einzelne Tage in Betracht kommen, wenn an diesem Tag überwiegend von zu Hause aus gearbeitet und die Betriebsstätte nicht aufgesucht wird. Arbeitsmittel wie Computer oder Fachliteratur bleiben davon unabhängig gesondert abzugsfähig.

Arbeitszimmer im Betriebsvermögen

Befindet sich das Arbeitszimmer im Betriebsvermögen, werden die laufenden Aufwendungen bei der betrieblichen Gewinnermittlung mitberücksichtigt. Beim späteren Verkauf des Hauses ist dann aber zu unterscheiden. Wird nur das Haus verkauft, während der Betrieb fortgeführt wird, sind die auf das Arbeitszimmer entfallenden stillen Reserven grundsätzlich betrieblicher Gewinn. Wird der Raum vor dem Verkauf ins Privatvermögen überführt, werden die stillen Reserven grundsätzlich bereits im Zeitpunkt der Entnahme realisiert.

Wird der Vorgang dagegen in eine echte Betriebsaufgabe eingebettet, gehören die stillen Reserven des Arbeitszimmers zum Aufgabegewinn. Ist der Unternehmer mindestens 55 Jahre alt oder dauernd berufsunfähig, sind der Freibetrag von bis zu 45.000 Euro und der ermäßigte Steuersatz zu prüfen. Der Freibetrag schmilzt ab, soweit der Aufgabe- oder Veräußerungsgewinn 136.000 Euro übersteigt.

Arbeitszimmer im Privatvermögen

Bleibt der Raum trotz betrieblicher Nutzung im Privatvermögen, gelten beim späteren Verkauf des Hauses grundsätzlich die allgemeinen Regeln des privaten Immobilienverkaufs. Nach Ablauf von zehn Jahren bleibt ein Gewinn regelmäßig steuerfrei. Bei einer selbst zu Wohnzwecken genutzten Immobilie bleibt ein Veräußerungsergebnis auch innerhalb der Zehnjahresfrist steuerlich unbeachtlich. Der Bundesfinanzhof (Urteil vom 1. März 2021, IX R 27/19) hat außerdem entschieden, dass die Steuerbefreiung beim Hausverkauf nicht verloren geht, nur weil ein Raum als Arbeitszimmer fast ausschließlich beruflich genutzt wurde, solange die Immobilie selbst bewohnt wurde.

Finanzgericht München urteilt zur Spekulationsfrist

Das Finanzgericht München hat in seinem Urteil vom 16. Oktober 2025 (13 K 1234/22) die Folgen einer früheren Entnahme genauer eingeordnet. Im Streitfall war im April 2003 eine Eigentumswohnung

erworben worden. Ein Raum mit 18,04 Prozent der Fläche wurde bis Ende Oktober 2006 betrieblich genutzt und deshalb anteilig im Betriebsvermögen geführt. Danach wurde dieser Raum in das Privatvermögen überführt. Ende November 2013 wurde die Wohnung als Ganzes verkauft.

Das Finanzamt wollte entsprechend der geltenden Verwaltungsanweisungen für den früheren Arbeitszimmeranteil einen steuerpflichtigen Veräußerungsgewinn erfassen, weil zwischen Entnahme und Verkauf weniger als zehn Jahre lagen.

Das Finanzgericht hat die Auffassung der Finanzverwaltung abgelehnt. Nach Ansicht der Richter wurde nicht das frühere Arbeitszimmer als eigenständiges Wirtschaftsgut veräußert, sondern die Eigentumswohnung als Ganzes. Ein einzelner Raum innerhalb der Wohnung sei nicht selbständig verkehrsfähig. Deshalb beginne für diesen Raum keine eigene neue Zehnjahresfrist. Diese Entscheidung ist noch nicht endgültig, denn die Revision zum BFH wurde zugelassen.

Fazit: Für selbständige Unternehmer mit Homeoffice erleichtert die neue Regelung die private Zuordnung kleiner Räume deutlich. Für bereits bestehende Betriebsvermögensfälle enthält sie aber keine automatische Zwangsentnahme. Wer ein Arbeitszimmer seit Jahren nutzt, sollte deshalb den laufenden Betriebsausgabenabzug, eine mögliche spätere Entnahme, den Hausverkauf und gegebenenfalls die Betriebsaufgabe zusammen betrachten. Gerade bei älteren Unternehmern kann die tarifbegünstigte Behandlung eines Aufgabegewinns dabei erhebliches Gewicht haben.

Gewinngrenze für den Investitionsabzugsbetrag Wenn der Steuervorteil an einer Rechengröße scheitert

Wer in neue Maschinen, Fahrzeuge oder technische Ausstattung investieren will, plant den Investitionsabzugsbetrag bei der Finanzierung oft mit ein. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist dies attraktiv, weil im entscheidenden Moment mehr Liquidität im Betrieb bleiben kann. Umso größer ist das Problem, wenn sich erst später zeigt, dass eine wichtige Voraussetzung doch nicht erfüllt war. Genau darum ging es in einem aktuellen Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 1. Oktober 2025 (X R 16,17/23). Der Fall betraf die Frage, welcher Gewinn für die Gewinngrenze beim Investitionsabzugsbetrag maßgebend ist. Denn wenn die Grenze überschritten wird, fällt der Steuervorteil weg.

Was ist der Investitionsabzugsbetrag?

Der Investitionsabzugsbetrag, kurz IAB, ist ein steuerliches Instrument für Betriebe, die eine Investition planen. Steuerpflichtige können für die künftige Anschaffung oder Herstellung von abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens bis zu 50 Prozent der voraussichtlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten gewinnmindernd abziehen. IAB führen somit zu einer Vorverlagerung von Abschreibungen.

Die Wirtschaftsgüter müssen dafür aber mindestens bis zum Ende des dem Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Wirtschaftsjahres vermietet oder in einer inländischen Betriebsstätte des Betriebes ausschließlich oder fast ausschließlich betrieblich genutzt werden.

Beispiel: Ein Handwerksbetrieb plant 2026 den Kauf einer Maschine für 80.000 Euro. Bereits 2025 kann ein IAB von bis zu 40.000 Euro gebildet werden. Dadurch sinkt der Gewinn 2025 um 40.000 Euro und die Steuerbelastung fällt zunächst niedriger aus. Dieses „gesparte“ Geld kann wiederum für die Finanzierung der Anschaffung genutzt werden. Bei der späteren Anschaffung wird der IAB mit den Anschaffungskosten verrechnet und mindert so die Bemessungsgrundlage für die Abschreibung. In den Folgejahren entsteht also ein etwas höherer Gewinn. Dieser verteilt sich aber über mehrere Jahre.

Warum die Gewinngrenze so wichtig ist

Der IAB steht jedoch nicht jedem Betrieb offen. Investitionsabzugsbeträge können nur in Anspruch genommen werden, wenn der Gewinn durch Bilanzierung oder Einnahme-Überschuss-Rechnung ermittelt wird und im Wirtschaftsjahr, in dem die Abzüge vorgenommen werden sollen, ohne Berücksichtigung der Investitionsabzugsbeträge 200.000 Euro nicht überschreitet. Wird später festgestellt, dass die Gewinngrenze doch überschritten ist, fällt der erwartete Steuervorteil rückwirkend weg.

Was der BFH entschieden hat

Im entschiedenen Fall ging es um einen Garten- und Landschaftsbaubetrieb. Der Steuerpflichtige hatte für 2020 einen Jahresüberschuss von rund 190.000 Euro ausgewiesen. Hinzu kamen außerbilanzielle Positionen. Darunter fielen rund 25.700 Euro Gewerbesteuer.

Das Finanzamt berücksichtigte den beantragten IAB nicht und ging davon aus, dass der maßgebliche Gewinn oberhalb der Grenze lag. Es hielt sich dabei an die im BMF-Schreiben vom 15. Juni 2022 (Tz. 13) festgelegte Sicht der Finanzverwaltung. Finanzgericht und Bundesfinanzhof bestätigten diese Sichtweise. Nach der vom BFH bestätigten Berechnung betrug der maßgebliche Gewinn rund 215.000 Euro. Somit war die 200.000-Euro-Grenze überschritten.

Unter Gewinn im Sinne der IAB-Vorschrift ist laut BFH der steuerliche Gewinn zu verstehen – nach außerbilanziellen Korrekturen. Dazu gehört nach der Entscheidung des BFH ausdrücklich auch die hinzuzurechnende Gewerbesteuer.

Was sind Bilanzgewinn, steuerlicher Gewinn und außerbilanzielle Korrekturen?

Der Bilanzgewinn ist vereinfacht gesagt das Ergebnis, das sich zunächst aus Buchführung und Jahresabschluss ergibt. Der steuerliche Gewinn kann davon abweichen, weil das Steuerrecht eigene Korrekturen verlangt. Diese Anpassungen werden nicht noch einmal in der Bilanz verbucht, verändern aber trotzdem den Gewinn, der für die Besteuerung maßgeblich ist. Solche Anpassungen nennt man außerbilanzielle Korrekturen. Diese Art der Hinzurechnungen erfolgen auch bei der Einnahmen-Überschuss-Rechnung.

Der BFH leitet aus dem Gesetz ab, dass für die Gewinngrenze beim IAB genau dieser steuerliche Gewinn maßgeblich ist. Ein kurzes Beispiel macht den Unterschied greifbar. Ein Unternehmen weist laut Jahresabschluss einen Gewinn von 195.000 Euro aus. Auf den ersten Blick scheint die Gewinngrenze eingehalten. Muss steuerlich aber noch eine nicht abzugsfähige Gewerbesteuer von 12.000 Euro hinzugerechnet werden, steigt der steuerliche Gewinn auf 207.000 Euro. Dann ist der IAB nicht mehr möglich.

Einheitliche Gewinngrenze soll Vergleichbarkeit ermöglichen

Der BFH begründet seine Entscheidung auch mit dem Zweck der Vorschrift. Die Gewinngrenze soll ein einheitliches Abgrenzungskriterium für kleine und mittlere Betriebe sein. Nach Auffassung des Gerichts funktioniert das nur, wenn bei gewerblichen Betrieben auch die Gewerbesteuer in den steuerlichen Gewinn einfließt. Sonst könnten Betriebe mit vergleichbaren wirtschaftlichen Daten allein wegen dieser Rechengröße unterschiedlich behandelt werden.

Fazit: Für die Praxis bedeutet das, dass vor der Nutzung eines IAB nicht nur auf den Jahresabschluss geschaut werden sollte. Entscheidend ist der steuerliche Gewinn nach den maßgeblichen steuerlichen Korrekturen. Unternehmer sollten daher vor der Bildung eines IAB immer zuerst prüfen lassen, ob die Gewinngrenze als Anspruchsvoraussetzung tatsächlich eingehalten ist.

Bauabzugsteuer bei Montage und Installation

BFH urteilt zur Abgrenzung von Bauwerk, Bauleistung und Produktionsanlage

Die Bauabzugsteuer betrifft nicht nur klassische Baubetriebe. Sie kann jeden Unternehmer treffen, der bestimmte Leistungen im Zusammenhang mit einem Bauwerk bezieht. In der Praxis entstehen Unsicherheiten vor allem dann, wenn Arbeiten zwar in einer Werkhalle oder einem Betriebsgebäude stattfinden, tatsächlich aber einer Maschine, einer Fertigungsstraße oder einer sonstigen technischen Anlage dienen. Wie schwierig im Einzelfall diese Abgrenzung ist, zeigt das Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 11. Dezember 2025 (III R 44/22).

Was ist die Bauabzugsteuer?

Erbringt ein Unternehmer im Inland eine Bauleistung an einen anderen Unternehmer oder an eine juristische Person des öffentlichen Rechts, muss der Leistungsempfänger grundsätzlich 15 Prozent der Gegenleistung einbehalten und an das Finanzamt des Leistenden abführen. Die Gegenleistung umfasst den Rechnungsbetrag einschließlich Umsatzsteuer, also den Bruttorechnungsbetrag. Der Kunde darf somit an den leistenden Unternehmer nur 85 Prozent des Rechnungsbetrages überweisen.

Gerade für Unternehmer ist diese Prüfung auf Bauabzugsteuer wichtig, weil die Haftung beim Leistungsempfänger liegt. Wer Bauabzugsteuer zu Unrecht nicht einbehält, trägt das Risiko gegenüber dem Finanzamt.

Ausnahmen von der Bauabzugsteuer

Kein Einbehalt ist erforderlich, wenn eine gültige Freistellungsbescheinigung des leistenden Unternehmers vorliegt oder die gesetzlichen Freigrenzen nicht überschritten werden. Diese betragen 15.000 Euro, wenn der Leistungsempfänger ausschließlich steuerfreie Vermietungsumsätze ausführt und 5.000 Euro in den übrigen Fällen. Vermietet ein Unternehmer nicht mehr als zwei Wohnungen, muss er keine Bauabzugsteuer einbehalten. Dies gilt ebenso für Privatpersonen oder für Leistungen an einen Unternehmer für dessen privaten Bereich.

Bauleistung im Sinne der Bauabzugsteuer

Für die Bauabzugsteuer kommt es aber nicht nur auf die Person des Leistungsempfängers, sondern auch auf die Leistung selbst an. Nur Leistungen, die der Herstellung, Instandsetzung, Instandhaltung, Änderung oder Beseitigung eines Bauwerks dienen, unterliegen der Bauabzugsteuer. Gerade bei Montage-, Installations- und Verkabelungsarbeiten stellt sich oft die Frage, ob eine Leistung dem Bauwerk selbst dient oder ob sie nur eine technische Anlage betrifft, die sich in einem Gebäude befindet. Ein Bauwerk ist steuerlich nicht nur ein klassisches Gebäude. Auch Scheinbestandteile, Betriebsvorrichtungen sowie technische Anlagen können als Bauwerke zu qualifizieren sein.

Fertigungsstraße in Werkhallen der Automobilindustrie

Der Fall des BFH betraf die Verkabelung von Fertigungsstraßen in Werkhallen. Eine GmbH aus der Automobilbranche setzte ein slowenisches Subunternehmen ein. Dieses verband Roboter, Schaltschränke und Bedienpulte mit Kabeln, verlegte Leitungen in Kabelrinnen und montierte diese Kabelrinnen in den Werkhallen. Die Werkhallen selbst waren massive Gebäude. Die Produktionsanlagen in ihnen wurden jedoch wegen kurzer Modellzyklen regelmäßig umgebaut, abgebaut und an anderen Standorten wieder eingesetzt.

Das Finanzamt behandelte diese Arbeiten als Bauleistungen, für die Bauabzugsteuer hätte einbehalten werden müssen. Der BFH hat diese Sichtweise jedoch zurückgewiesen. Nach Auffassung des Gerichts fehlte der notwendige Bezug zu einem Bauwerk. Die Leistungen dienten nicht der Werkhalle als Gebäude, sondern der Fertigungsstraße als Produktionsanlage.

Die Abgrenzung von Bauwerk, Bauleistung und Produktionsanlage

Der BFH hat in seinem Urteil herausgearbeitet, worauf es für die Abgrenzung ankommt. Die Arbeiten fanden zwar in einer Werkhalle statt. Das genügte aber nicht. Ebenso wenig reichte es aus, dass Kabelrinnen auf Ständerkonstruktionen montiert und mit dem Hallenboden verbunden wurden. Nach Auffassung des BFH war ausschlaggebend, dass diese Maßnahmen funktional dem Produktionsprozess dienten. Sie waren nicht auf die Werkhalle als Gebäude gerichtet, sondern auf die Fertigungsstraße als technische Anlage.

Damit stellt der BFH zugleich klar, dass nicht jede Elektro-, Montage- oder Installationsarbeit in einem Gebäude automatisch in den Bereich der Bauabzugsteuer fällt. Dient eine Maßnahme der allgemeinen Funktion des Gebäudes, etwa seiner Nutzung oder Versorgung, spricht mehr für eine Bauleistung. Dient sie dagegen einer Maschine, einer Fertigungsstraße oder einer sonstigen betrieblichen Anlage, spricht mehr gegen eine Einordnung als Bauleistung.

Fazit: Gerade in industriellen Betrieben, in Werkhallen, Logistikzentren oder technisch geprägten Betriebsstätten werden regelmäßig Anlagen ergänzt, Steuerungen umgebaut, Spezialverkabelungen verlegt oder Maschinen neu eingebunden. Solche Arbeiten können äußerlich wie klassische Installationsleistungen wirken. Für die Bauabzugsteuer kommt es darauf an, welchem Zweck die Leistung dient. Für die Einordnung bleibt jedoch der Einzelfall maßgeblich.

Unternehmer sollten deshalb genau prüfen, ob eine Leistung dem Bauwerk oder einer betrieblichen Anlage zuzuordnen ist. Gerade bei größeren Umbauten und technischen Nachrüstungen kann diese Unterscheidung erhebliche finanzielle Folgen haben. Weitere Informationen dazu finden sich auf der Seite des Bundeszentralamts für Steuern und im BMF-Schreiben vom 19. Juli 2022.

Aktuelle Steuertermine

Steuertermine im Mai 2026		Ende Schonfrist bei Zahlung per	
fällig am	betrifft	Überweisung	Scheck/bar
11.05.	Umsatzsteuer für Monatszahler (Vorankündigung und Vorauszahlung)	15.05.	11.05.
11.05.	Lohnsteuer (mit SolZ u. ggf. KiSt)	15.05.	11.05.
15.05.	Gewerbesteuer (vierteljährliche Vorauszahlung)	18.05.	15.05.
15.05.	Grundsteuer (vierteljährliche Vorauszahlung)	18.05.	15.05.
26.05.	Zusammenfassende Meldung (ZM) ohne Zahlung ¹⁾ monatlich		
Steuertermine im Juni 2026		Ende Schonfrist bei Zahlung per	
fällig am	betrifft	Überweisung	Scheck/bar
10.06.	Einkommensteuer (mit SolZ und ggf. KiSt)	15.06.	10.06.
10.06.	Körperschaftsteuer (mit SolZ)	15.06.	10.06.
10.06.	Umsatzsteuer für Monatszahler (Vorankündigung und Vorauszahlung)	15.06.	10.06.
10.06.	Lohnsteuer (mit SolZ u. ggf. KiSt)	15.06.	10.06.
25.06.	Zusammenfassende Meldung (ZM) ohne Zahlung ¹⁾ monatlich		
<p>Säumniszuschläge werden nicht erhoben, wenn innerhalb der Schonfrist von drei Tagen per Überweisung oder Einzugsermächtigung gezahlt wird. Keine Schonfristen gibt es bei Voraus-/Abschlusszahlungen, die bar oder mit Scheck gezahlt werden.</p> <p>Achtung: Bei Steuerzahlung per Scheck gilt die Zahlung erst drei Tage nach Eingang des Schecks als geleistet. Der Scheck muss daher spätestens drei Tage vor dem Fälligkeitstermin beim Finanzamt eingehen. Ansonsten entstehen Säumniszuschläge in Höhe von 1 % der Steuer.</p> <p>Anmerkungen: Verschiebt sich der Steuertermin oder die Schonfrist für die Zahlung durch einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, so ist dies berücksichtigt.</p> <p><small>1) Die Zusammenfassende Meldung (ZM) ist erforderlich, wenn im Meldezeitraum innergemeinschaftliche Warenlieferungen, innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte oder bestimmte sonstige Leistungen gegenüber Unternehmern (B2B) ausgeführt wurden, die im übrigen Gemeinschaftsgebiet ansässig sind. Die Meldungen sind nicht mit Zahlungen verbunden.</small></p>			

Die Erarbeitung des Rundschreibens erfolgt mit großer Sorgfalt.
Eine Haftung kann hierfür jedoch nicht übernommen werden.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.